

Ansprache des Preisträgers

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen für die Zuerkennung des Europäischen St.-Ulrichs-Preises bedanken. Für mich ist dies vor allem ein Bekenntnis zur Idee der Europäischen Einigung, für die ich als Außenminister in besonderem Maße gekämpft habe, ich sehe darin aber auch eine positive Beurteilung der österreichischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Ich bin überzeugt, daß ich Ihre Zustimmung finde, wenn ich die großzügige finanzielle Dotierung den gepeinigten und gemarterten Menschen in Bosnien-Herzegowina zukommen lasse.

Über 1000 Jahre lang war die europäische Geschichte eine Zeit der Kriege, unterbrochen nur durch einige kurze Zeiten des Friedens. Die Sehnsucht nach einem kontinentalen Frieden war daher ein stetes Anliegen weitsichtiger Staatsmänner, Philosophen und vor allem auch von Menschen, die es mit dem Christentum ernst meinten.

Man kann ja überhaupt an dem Phänomen nicht vorbeigehen, daß gerade die drei monotheistischen Religionen, nämlich das Christentum, die jüdische Religion und der Islam, durch den Gruß „Pax Vobis“, „Shalom“, „Salemaleikum“, dem Frieden als gemeinsamem gesellschaftspolitischen Anliegen einen besonderen Stellenwert zumessen, wenn sich auch dieses Anliegen bisher extrem bescheiden in der Realität niederschlägt.

Der niederländische Völker- und Staatsrechtler Hugo Grotius, bekannt vor allem durch sein dreibändiges Werk „De jure belli ac pacis“ (vom Recht des Krieges und des Friedens), das 1625 erschien, Immanuel Kant mit seinem großen Werk vom „Ewigen Frieden“, die Franzosen Jean-Jacques Rousseau und Victor Hugo und der Gründer der Pan-Europa-Bewegung, der Österreicher Graf Goudenhove-Calerggi. Dies sind nur einige Persönlichkeiten aus einer großen Anzahl von Europäern, die wie viele immer wieder durch politische Aktivitäten, durch Überzeugungsprozesse dieses Ziel verwirklichen wollten, ohne in der Realität der europäischen Politik tatsächlich Entscheidendes zu bewirken.

Dabei gab es schon im Mittelalter Persönlichkeiten wie den böhmischen König Georg Podiebrach, der zu den frühesten Vordenkern des europäischen Einigungsgedankens gehört.

Zum ersten Mal fand sich ein realistischer Ansatz nach den Schrecken

und furchtbaren Schäden des Zweiten Weltkrieges, wobei gleichzeitig eine neue autoritäre Gefahr aus dem europäischen Osten in Form des Kommunistischen Blocks entstand.

Zum ersten Mal fand sich für die Sicherung des europäischen Friedens ein realistischer Ansatz, als die Christdemokraten Schuman, französischer Ministerpräsident, Konrad Adenauer, deutscher Bundeskanzler, Alcide de Gasperi, italienischer Ministerpräsident, und der Franzose Jean Monnet, ein Liberaler des französischen Zentrums, erster Präsident der Montanunion, vorschlugen, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und dann auch eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen.

Stahl, Eisen, Kohle und sonstige Energien, das waren die wichtigsten Instrumente, um Kriege zu führen. Wenn diese Instrumente zusammengelegt und gemeinsam verwaltet werden, können sie nicht mehr von einem Staat mißbraucht werden. Die erste institutionelle Ausformung des europäischen Integrationsgedankens war daher nicht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, sondern die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die am 23. Juli 1952 in Kraft getreten ist.

Es war kein Zufall, daß vier von diesen fünf Persönlichkeiten aus dem christdemokratischen Lager kamen und Jean Monnet als Liberaler des Zentrums eingestuft werden konnte. Der europäische Einigungsgedanke fand natürlich auch Anklang bei manchen europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten. Nur solange die sozialistischen Parteien an ihren Grundprinzipien festhielten, wie Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel, zentrale Verwaltungswirtschaft, vor allem staatliche Preisfestsetzung, staatliche Investitionslenkung etc., gab es bei ihnen keine programmatischen Voraussetzungen für einen gemeinsamen Markt, ein offenes Europa. Denn wenn in einem Land staatliche Investitionslenkung, staatliche Preisfestlegung herrschen, in einem anderen Land die Marktwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft das Orientierungsmodell ist, können sich die beiden Länder mit so unterschiedlichen Systemen nicht zu einem gemeinsamen Markt zusammenschließen. Erst mit der Lockerung und dem Verzicht auf wesentliche Teile der sozialistischen Programmatik fanden sich auch konkrete Mitarbeiter im sozialdemokratischen Raum für die neue Europa-Idee. Der Belgier Paul Henri Spaak war einer der ersten.

Es ist auch kein Zufall, daß drei der vier Gründerpersönlichkeiten eine besondere Lebenserfahrung in der Zugehörigkeit zu verschiedenen staatlichen und kulturellen Lebensräumen hatten, daher für eine Brück-

kenfunktion besonders geeignet waren. De Gasperi wurde als österreichischer Staatsbürger in der Provinz Trient in einer Familie mit italienischer Muttersprache geboren, war in seiner politischen Karriere zuerst Mitglied des Landtages in Innsbruck, dann des Reichsrats, des Parlaments in Wien und beschloß sein Leben als italienischer Ministerpräsident. Schuman wurde als Sohn einer Familie aus Lothringen mit französischer Muttersprache, die sich in Luxemburg niedergelassen hatte, als deutscher Staatsbürger geboren, besuchte deutschsprachige Schulen und schloß seine Ausbildung an der Universität in München und Bonn ab. Er beendete später seine politische Laufbahn als französischer Ministerpräsident. Selbst Adenauer hatte als Rheinländer einen starken Bezug zu den Nachbarn im Westen. Sie alle hatten eine besondere Kenntnis und Sensibilität für das Anderssein des Nachbarn, aber auch eine besondere Sensibilität für die Entwicklung dessen, was gemeinsam ist.

Natürlich wäre es vollkommen unrealistisch anzunehmen, daß so ein großes Werk nicht auch Zeiten der Krisen kennt. Die von mir genannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die zu einer gemeinsamen Europäischen Armee führen sollte (und damit auch die deutsche nationale Wiederbewaffnung hinfällig machen sollte), blieb stecken und wurde nicht realisiert. Alle sechs Gründerländer der Montanunion hatten auch den Vertrag für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterschrieben, nur fünf hätten dieses Vertragswerk ratifiziert, das französische Parlament lehnte jedoch die Ratifikation mehrheitlich ab und brachte somit das Vertragswerk zu Fall.

Die Idee der europäischen Einigung durch einen Integrationsprozeß war jedoch zu stark, um aus diesem Anlaß zugrunde zu gehen. Und so wurde 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Man wollte vor allem über den wirtschaftlichen Weg den Integrationsprozeß vorantreiben.

Jetzt, im Maastrichter Vertrag, 20 Jahre später, wurde ein Teil dessen, was seinerzeit die Europäische Verteidigungsgemeinschaft realisieren sollte, in dieses Vertragswerk unter dem Titel „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) verwirklicht.

Wie viele Artikel, Reden sagten inzwischen großmütig den Tod der europäischen Einigungsidee voraus, verwiesen auf die Euroskepsis und die Eurosklerose und wie immer andere Bezeichnungen lauteten und mußten doch letztlich zur Kenntnis nehmen, daß der europäische Integrationsprozeß nach jedem Jahrzehnt substantiellen Fortschritt gemacht hatte, die europäische Architektur 10 Jahre später stärker als vorher war.

Etwas sarkastisch, aber doch positiv, kann man sagen: Der Erfolg der Europäischen Union besteht aus der Summe ihrer Krisen.

Bei einer noch so positiven Beurteilung bin ich jedoch der Auffassung, daß diese Entwicklung noch nicht irreversibel ist. Gerade die Vorgänge der letzten vier, fünf Jahre auf dem Balkan zeigen, was alles in der Welt und in Europa noch möglich ist. Die Medien berichteten gerade im vergangenen und in diesem Jahr von einem gewissen Abflauen der europäischen Dynamik, ja von wachsender Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsgedanken. Sicherlich, die furchtbaren Erlebnisse und Zerstörungen im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen treten im Gedächtnis der Menschen zurück, seit dem Zerfall der Sowjetunion wird auch die kommunistische Gefahr nicht mehr reell gesehen. Trotzdem, und ich verweise hier nochmals auf den Zerfall Jugoslawiens, wäre es eine grob fahrlässige Haltung, wenn Staatsmänner glaubten, man könnte nicht mehr in ein kriegerisches Ereignis hineingezogen werden. Ich weise immer auf das Wort des bekannten französischen Literaten Charles Péguy, der einmal gemeint hat, „die Teilchen der Kultur und der Freiheit, die die Menschheit, eine gewisse Menschheit mühselig erworben und ererbt hat, sind unaufhörlich von neuen Wogen der Barbarei bedroht“.

Vertreibungen aus ethnischen Gründen, schreckliche Massaker (laut Gesellschaft für bedrohte Völker wurden allein in Bosnien-Herzegowina in den letzten drei Jahren 250 000 Bosnier getötet), Massenvergewaltigungen sind nur Sammelbegriffe für die furchtbaren Ereignisse in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien, die das oben zitierte Wort von Péguy voll bestätigen. Drei Jahre lang hat die UNO und haben andere internationale Gremien zur Kenntnis genommen, daß Serbien die von der Badinter Kommission 1991 ausgearbeiteten Grundsätze über die Anerkennung der Nachfolgestaaten Jugoslawiens und zur Sicherung ethnischer Minderheiten ablehnte. Alle anderen Nachfolgestaaten – Slowenien, Kroatien, Bosnien, Herzegowina, Mazedonien – haben sie anerkannt und weitestgehend in ihre Verfassungsdokumente übernommen. Die serbische Regierung hat dies abgelehnt; wo Serben wohnen, ist Serbien, war das häufig zitierte Leitmotiv. Stellen wir uns vor, wie Europa aussehen würde, wenn nach diesen Grundsätzen vorgegangen wird. Gleichzeitig beschäftigte sich manch westlicher Politiker mehr mit den Überlegungen, wie man Bosnien teilen sollte, um Präsident Milosevic und seinen Traum von Großserbien zu befriedigen, als mit der Frage, wie man Aggression verhindern könnte. Die Glaubwürdigkeit

der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten Grundsätze und Organisationen wie der UNO, der KSZE etc. schmolz wie Schnee in der heißen Wüstensonne.

Fairerweise muß hier erwähnt werden, daß über 50 000 Serben loyal zur Regierung in Sarajewo gestanden sind, ja gegen die Aggression gegen Bosnien-Herzegowina gekämpft haben und dafür oft auch sehr bitter leiden mußten.

Die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates wurden ebenso mißachtet wie die Ergebnisse der Londoner Konferenz oder die diversen Friedenspläne, die von verschiedenen Aktionsgruppen größerer Länder ausgearbeitet wurden. Bis heute bekommt der interessierte politische Beobachter den Eindruck nicht weg, daß von allzu vielen Ländern der Aggressor mit dem Opfer gleich behandelt werden soll.

Ich bin mir bewußt, daß es keinen perfekten Frieden gibt. Die umfassende angestrebte Friedenslösung, die ich derzeit für den Raum des ehemaligen Jugoslawien noch nicht sehe, hat vorerst einmal zu einem zwei-monatigen Waffenstillstand geführt.

Sicherlich wird nicht alles Unrecht ungeschehen gemacht werden können. Wenn jedoch wesentliche Maximen des zivilisierten Zusammenlebens weiterhin nicht beachtet werden, wird selbst ein erreichter Waffenstillstand nicht sehr lange halten. Dies macht ein rasches Handeln zum Schutz der albanischen Volksgruppe im Kosovo (92% der Bevölkerung waren bei Kriegsbeginn Albaner) notwendig. Dies gilt natürlich auch für alle anderen Volksgruppen im ehemaligen Jugoslawien, ganz gleich, in welchem Nachfolgestaat sie sich wieder gefunden haben.

Eine dauerhafte Lösung verträgt sich nicht mit einer politischen Gleichbehandlung von Aggressor und Opfer (humanitär muß allen geholfen werden).

Wenn die Einrichtung eines Kriegsverbrechertribunals in Den Haag überhaupt glaubwürdig werden soll, so wird die Staatengemeinschaft auch die Kraft aufbringen müssen, Personen mit umfassender Verantwortung für Kriegsverbrechen vor dieses Tribunal zu bringen, ansonst wird der für die Demokratie ohnehin schädliche Eindruck entstehen, die Kleinen läßt man büßen, die Großen läßt man laufen. Zumindest eine Aufklärung der großen Massaker von Vukovar (1991) bis zu den Massakern an der Bevölkerung in der sogenannten UN-Schutzzone Srebrenica in der ersten Jahreshälfte 1995, wo heute nach der serbischen Besetzung noch immer 10 000 Menschen verschwunden sind, muß sichergestellt werden. Flugaufnahmen von Massengräbern in Srebrenica,

die dem Sicherheitsrat vorgelegt wurden, wurden dort nicht bestritten, sie haben aber bis heute zu keiner Konsequenz geführt.

Abschließend möchte ich doch sehr deutlich feststellen, daß die Entwicklung von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Europäischen Union bisher nicht nur über 40 Jahre lang hinweg den Frieden zwischen den teilnehmenden Staaten garantiert hat, sondern auch im Bereich der wirtschaftlichen, ökologischen, finanziellen Zusammenarbeit bei allen Mängeln, die jede politische Konstruktion besitzt, beachtliche Vorteile gebracht hat.

Letztlich wäre auch ein Vereintes Europa, das nichts anderes gebracht hätte oder bringen würde, als ein für allemal die Geisel nationaler Kriege zu beseitigen, für mich Grund genug, begeisterter Europäer zu sein.

Ich erwarte mir trotz eines wieder einmal auftretenden geringen europapolitischen Engagements positive Ergebnisse von der Reformkonferenz zu den Maastrichter Verträgen.

Österreich tritt konsequent dafür ein, wie dies auch die Europäische Union schon vor zwei Jahren bei einem Treffen der Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen festgelegt hat, den Ländern Zentral- und Osteuropas, die die Voraussetzung geschaffen haben, nach der Befreiung von der kommunistischen Diktatur den Beitritt zur Europäischen Union zu ermöglichen. Das erfordert aber auch eine Vertiefung und Intensivierung der politischen Integration, damit das gemeinsame Europa und seine Arbeit auch in Hinkunft effizient gestaltet werden kann. Wenn nur neue Mitglieder aufgenommen werden, ohne eine Stärkung der Effizienz, würde dies nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Schwächung und Unterminierung des europäischen Integrationsprozesses, d. h. der Europäischen Union, führen. Die Qualität des Integrationsprozesses zu stärken gibt erst dem quantitativen Wachstum der Europäischen Union seinen positiven Gehalt.

Qualität für die europäische Integration bedeutet aber auch die konsequente Verwirklichung des Grundsatzes der Subsidiarität, d. h., wir sollen das gemeinsam in Brüssel verwalten und erledigen, was besser gemeinsam gelöst werden kann, aber so viel als möglich sollte dezentral, bürgernäher, vor allem auch durch Stärkung der Provinzen, Kantone und Teilstaaten erledigt werden. Wir haben ein von Grundsätzen des Föderalismus und der Demokratie geprägtes Europa zu verwirklichen und nicht einen europäischen Zentralstaat, den übrigens kaum jemand wünscht.

Qualität bedeutet auch, vor allem die kulturelle Vielfalt in der politischen und wirtschaftlichen Einheit Europas zu bewahren und zu stärken. Die Vielfalt eines geeinten Europa umfaßt einen so gewaltigen kulturellen Reichtum, daß jede Tendenz zur Uniformierung genauso bekämpft werden muß wie neuer aggressiver Nationalismus, der da und dort wieder an die Oberfläche internationaler Vorgänge kommt, der ohnehin in den letzten Jahrhunderten furchtbares Unglück über Europa gebracht hat.

Qualität der europäischen Integration bedeutet auch, daß sich vor allem die jungen Menschen der europäischen Länder kennen, respektieren und schätzen lernen. Nur ein stärkeres gemeinsames europäisches Bewußtsein würde es auch erlauben, gemeinsam diesen Kontinent und die Beziehungen zu den anderen Teilen der Welt friedlich zu gestalten.

Gerade wegen dieses Grundsatzes, nämlich daß der Integrationsprozeß auch qualitativ und nicht nur quantitativ gestaltet werden muß, müssen festgelegte Bedingungen für die Schaffung einer Europäischen Währungsunion voll eingehalten werden. Die Qualität der europäischen Währung zur Sicherung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit Europas, z. B. im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und überhaupt zur großen neuen Freihandelszone, bestehend aus Kanada, USA und Mexiko, ist ebensowichtig wie zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ein Verhältnis zum ostasiatisch-pazifischen Raum, der ein gewaltiges wirtschaftliches Wachstum zeigt. Die Verwirklichung der Währungsunion wäre auch einer jener Schritte, die uns näher an den Punkt der Unumkehrbarkeit des europäischen Integrationsprozesses heranbringen. Daß Europa demnächst auch diesen schwierigen Weg erfolgreich gehen kann, dafür sind Persönlichkeiten wie der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl weiterhin notwendig. Ihre Erfahrung, ihre Energie und ihre politische Sensibilität sind für mich eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozeß. Dies gilt auch für das deutsch-französische Verhältnis. Hätte ich vor 30 Jahren noch gesagt, daß sich 10–15 Jahre nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Verhältnis Bonn–Paris als der entscheidende Faktor für die Dynamik, vor allem auch für die politische Integration erübrigen und an seine Stelle ein rein multilateraler Prozeß des gleichwertigen Zusammenwirkens aller EU-Mitgliedsländer bei einer weiteren Integration treten würde, so haben mich die letzten Jahre gelehrt, daß für mindestens eine politische Generation die ständige und vertiefte Zusammen-

arbeit zwischen den beiden Ländern eine wesentliche Voraussetzung des erfolgreichen Integrationsprozesses bleiben wird.

Wenn wir heute eine Globalisierung von immer mehr Problemstellungen feststellen, d. h. Probleme und Vorgänge des ostasiatisch-pazifischen Raums werden auch zu Problemen Europas (denken wir an die französischen Nuklearversuche in Mururoa, die zu mancher politischer Auseinandersetzung in europäischen Ländern geführt haben), und natürlich kann auch das Umgekehrte festgestellt werden, so gilt es um so mehr für Europa, die europäischen Länder immer mehr „in einem Boot sitzen“ und schon von der Entwicklung der postindustriellen und der Informationsgesellschaft her gezwungen sind, große Fragen, z. B. im Bereich der Verkehrspolitik, der Ökologie, gemeinsam zu lösen.

Die Stärke der europäischen Gesellschaft wird von Grundwerten der Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit und der Schöpfung, von der Bereitschaft zur Leistung, aber auch von Solidarität und Toleranz abhängen. Wenn Christen ihre Werte so ernst nehmen, wie sie es gelegentlich behaupten, verlangt dies auch praktisches Engagement für ein geeintes, friedliches Europa, wenn man glaubwürdig sein will.

Zum Aufbau Europas wird Tüchtigkeit wichtig sein. Doch sollten wir dabei nicht auch die Tugenden vergessen.

Die hohe Einschätzung des Verstandes sollte das Gemüt nicht abwerten.

Wissen hat seinen hohen Stellenwert, aber wir benötigen auch Glauben. Berechnung ist notwendig, doch ohne Vertrauen geht es nicht.

Die Freiheit ist der Motor der Politik, doch benötigen wir dabei immer wieder Autorität.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.